

Bundesgesetzblatt ⁴⁷⁷

Teil II

G 1998

2001

Ausgegeben zu Bonn am 22. Mai 2001

Nr. 14

Tag	Inhalt	Seite
16. 5. 2001	Gesetz zu dem Abkommen vom 15. September 1998 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Gabunischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE018	478
16. 5. 2001	Gesetz zu dem Abkommen vom 15. Februar 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Kambodscha über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE019	487
16. 5. 2001	Gesetz zur Änderung der Europäischen Sozialcharta GESTA: XG003	496
14. 3. 2001	Bekanntmachung des deutsch-jemenitischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit 2000	497
3. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über den Zivilprozess	499
5. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten	499
5. 4. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Rahmenübereinkommens über Maßnahmen zur Erleichterung der Umstrukturierung und der Tätigkeit der Europäischen Rüstungsindustrie	500
5. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle	500
5. 4. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des OCCAR-Übereinkommens	501
5. 4. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-salvadorianischen Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	502
17. 4. 2001	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Sterling Medical Associates, Inc.“ (Nr. DADA 10-01-D-0003) sowie über das Außerkrafttreten der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Science Applications International Corporation (SAIC)“	502
17. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen	505
17. 4. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Haftung der Gastwirte für die von ihren Gästen eingebrachten Sachen	508

Gesetz
zu dem Abkommen vom 15. September 1998
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Gabunischen Republik
über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 16. Mai 2001

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Libreville am 15. September 1998 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Gabunischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 12 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 16. Mai 2001

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Müller

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Gabunischen Republik
über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Accord
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République gabonaise
relatif à l'encouragement et à la protection mutuels des investissements

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Gabunische Republik –

– im folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet –

La République fédérale d'Allemagne

et

la République gabonaise –

– ci-après dénommées les «Parties contractantes» –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

désireuses d'approfondir la coopération économique entre les deux Etats,

soucieuses de créer des conditions favorables aux investissements des ressortissants ou sociétés de l'un des deux Etats sur le territoire de l'autre Etat,

reconnaissant qu'un encouragement et une protection contractuelle de ces investissements sont susceptibles de stimuler l'initiative économique privée et d'augmenter la prospérité des deux peuples –

sont convenues de ce qui suit:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Abkommens

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

Article 1

Définitions

Aux fins du présent Accord

1. le terme «investissements» comprend toutes les catégories de biens, notamment
 - a) la propriété de biens meubles et immeubles ainsi que tous autres droits réels tels qu'hypothèques et droits de gage;
 - b) les droits de participation à des sociétés et autres sortes de participation à des sociétés;
 - c) les créances relatives à des capitaux qui ont été utilisés pour créer une valeur économique ou les créances relatives à des prestations présentant une valeur économique;
 - d) les droits de propriété intellectuelle, surtout les droits d'auteur, brevets, modèles d'utilité, dessins et modèles industriels, marques, noms commerciaux, secrets d'entreprise et d'affaires, procédés techniques, le savoir-faire et le savoir-être;
 - e) les concessions de droit public, y compris les concessions de prospection et d'exploitation;

- eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
 3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf die Gabunische Republik:

Gabuner im Sinne des gabunischen Staatsangehörigkeitsgesetzes;
 4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
 - b) in bezug auf die Gabunische Republik:

jede juristische Person sowie jede wirtschaftliche Einheit, die im Einklang mit der gabunischen Gesetzgebung gegründet worden ist.

Artikel 2

Förderung und Zulassung von Kapitalanlagen

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

Behandlung von Kapitalanlagen

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

- les modifications de la forme sous laquelle les biens sont investis n'affectent pas leur qualité d'investissement;
2. on entend par «produits» les montants versés pour une période déterminée au titre d'un investissement, tels que les bénéfices, dividendes, intérêts, droits de licence ou autres rémunérations;
 3. on entend par «ressortissants»
 - a) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:

les Allemands au sens de la Loi fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne;
 - b) en ce qui concerne la République gabonaise:

les Gabonais au sens du Code de la nationalité gabonaise;
 4. on entend par «sociétés»
 - a) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:

toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autre société ou association, avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, indépendamment de la question de savoir si son activité a un but lucratif ou non;
 - b) en ce qui concerne la République gabonaise:

toute personne morale ainsi que toute entité économique constituée conformément à sa législation.

Article 2

Promotion et acceptation des investissements

(1) Chaque Partie contractante encourage dans la mesure du possible les investissements des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante sur son territoire et admet ces investissements en conformité avec sa législation. Elle traite les investissements, dans chaque cas, de façon juste et équitable.

(2) Aucune des Parties contractantes ne doit entraver, moyennant des mesures arbitraires ou discriminatoires, l'administration, l'utilisation, l'usage ou la jouissance des investissements des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante sur son territoire.

Article 3

Traitement des investissements

(1) Aucune des Parties contractantes ne soumet, sur son territoire, les investissements dont des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante sont propriétaires ou qui sont soumis à leur influence, à un traitement moins favorable que celui accordé aux investissements de ses propres ressortissants et sociétés ou aux investissements des ressortissants et sociétés d'Etats tiers.

(2) Aucune des Parties contractantes ne soumet, sur son territoire, les ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante, en ce qui concerne l'activité qu'ils exercent en liaison avec des investissements, à un traitement moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants et sociétés ou aux ressortissants et sociétés d'Etats tiers.

(3) Ce traitement ne s'étend pas aux privilèges consentis par une Partie contractante aux ressortissants ou sociétés d'Etats tiers, en raison soit de son appartenance à une union douanière ou économique, un marché commun ou une zone de libre échange, soit de son association avec l'un ou l'autre de ces derniers.

(4) Le traitement accordé par le présent article ne s'étend pas aux avantages accordés par une Partie contractante aux ressortissants ou sociétés d'Etats tiers en vertu d'un accord sur la double imposition ou de tout autre arrangement dans le domaine fiscal.

Artikel 4**Schutz von Kapitalanlagen**

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Notstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Entschädigungen, Abfindungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5**Transfer**

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall teilweiser oder vollständiger Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

(2) Transferierungen nach Absatz 1 dieses Artikels sowie nach Artikel 6 dieses Abkommens erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(3) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 6**Subrogation**

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte

Article 4**Protection des investissements**

(1) Les investissements des ressortissants ou sociétés d'une Partie contractante jouissent sur le territoire de l'autre Partie contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

(2) Les investissements des ressortissants ou sociétés d'une Partie contractante ne peuvent faire l'objet sur le territoire de l'autre Partie contractante d'une expropriation, nationalisation ou d'autres mesures dont les effets seraient équivalents à ceux d'une expropriation ou d'une nationalisation, que pour des raisons d'utilité publique et contre indemnisation. L'indemnité doit correspondre à la valeur qu'avait l'investissement exproprié immédiatement avant la date à laquelle l'expropriation, la nationalisation ou la mesure semblable, effectives ou imminentes, ont été rendues publiques. L'indemnité doit être versée sans délai et produire jusqu'à la date du versement des intérêts calculés au taux bancaire usuel; elle doit être effectivement réalisable et librement transférable. Au plus tard au moment de l'expropriation, de la nationalisation ou de l'exécution d'une mesure semblable, il doit être pourvu de façon adéquate à la fixation et au versement de l'indemnité. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure semblable et le montant de l'indemnité doivent pouvoir être vérifiés par une procédure judiciaire ordinaire.

(3) Les ressortissants ou sociétés d'une Partie contractante, dont les investissements auraient subi des pertes par l'effet d'une guerre ou d'un autre conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence ou d'une émeute sur le territoire de l'autre Partie contractante, bénéficient de la part de cette dernière, en ce qui concerne les restitutions, indemnités, compensations ou autres contreparties, d'un traitement non moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants ou sociétés. De tels versements doivent être librement transférables.

(4) En ce qui concerne les matières réglées par le présent article, les ressortissants ou sociétés d'une Partie contractante jouissent sur le territoire de l'autre Partie contractante du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 5**Transferts**

(1) Chaque Partie contractante garantit aux ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante le libre transfert des versements effectués en relation avec un investissement, notamment

- a) du capital et des montants additionnels destinés au maintien ou à l'augmentation de l'investissement;
- b) des produits;
- c) des versements destinés au remboursement d'emprunts;
- d) des recettes tirées d'une liquidation partielle ou totale ou bien de la vente de l'investissement;
- e) des indemnités prévues à l'article 4 du présent Accord.

(2) Les transferts visés au paragraphe (1) ci-dessus et à l'article 6 du présent Accord seront effectués sans délai au cours en vigueur.

(3) Ce cours devra être en conformité avec le taux croisé résultant des cours de change qu'appliquerait le Fonds Monétaire International à la date du versement pour convertir les monnaies respectives en droits de tirage spéciaux.

Article 6**Subrogation**

Si une Partie contractante, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, effectue des versements à ses propres ressortissants ou sociétés, l'autre Partie contractante, sans préjudice des droits de

der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

Sonstige Vereinbarungen

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

Bestehende Kapitalanlagen

Dieses Abkommen gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben.

Artikel 9

Behandlung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

la première Partie contractante découlant de l'article 9 du présent Accord, reconnaîtra la transmission par l'effet de la loi ou d'un contrat, de tous les droits ou revendications de ces ressortissants ou sociétés à la première Partie contractante. En outre, l'autre Partie contractante reconnaîtra la subrogation en faveur de la première Partie contractante dans tous ces droits et revendications que la première Partie contractante sera autorisée à exercer dans la même mesure que son prédécesseur. En ce qui concerne le transfert des versements au titre des revendications transmises, les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 4 ainsi que de l'article 5 du présent Accord seront applicables mutatis mutandis.

Article 7

Autres conventions

(1) S'il résulte de la législation d'une Partie contractante ou d'obligations de droit international qui existent actuellement ou seront fondées à l'avenir entre les Parties contractantes en dehors du présent Accord, une réglementation générale ou particulière qui accorde aux investissements des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Accord, cette réglementation primera le présent Accord dans la mesure où elle est plus favorable.

(2) Chaque Partie contractante respectera toute autre obligation dont elle aura convenu, relative à des investissements de ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante sur son territoire.

Article 8

Investissements antérieurs

Le présent Accord est également applicable aux investissements que des ressortissants ou sociétés de l'une des Parties contractantes ont, en conformité avec la législation de l'autre Partie contractante, effectués sur le territoire de cette dernière dès avant l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 9

Règlement des différends entre les Parties contractantes

(1) Les différends entre les Parties contractantes relatifs à l'interprétation ou l'application du présent Accord devraient, autant que possible, être réglés par les Gouvernements des deux Parties contractantes.

(2) Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il sera soumis à un tribunal d'arbitrage sur demande de l'une des deux Parties contractantes.

(3) Le tribunal d'arbitrage sera constitué ad hoc; chaque Partie contractante nommera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un Etat tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres seront nommés dans un délai de deux mois, le président dans un délai de trois mois après que l'une des Parties contractantes aura fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend de vues à un tribunal d'arbitrage.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Partie contractante pourra prier le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait ressortissant de l'une des deux Parties contractantes, ou s'il était empêché pour une autre raison, il appartiendrait au Vice-Président de procéder aux nominations. Si le Vice-Président était, lui aussi, ressortissant de l'une des deux Parties contractantes ou s'il était également empêché, c'est au membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des deux Parties contractantes qu'il appartiendrait de procéder aux nominations.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 10

Behandlung von Streitigkeiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei

(1) Streitigkeiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Streitigkeit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Jede Vertragspartei erklärt sich durch dieses Abkommen mit einem solchen Verfahren einverstanden. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Streitigkeit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 11

Fortsetzung des Abkommens

Dieses Abkommen gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 12

Schlußbestimmungen

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien das Abkommen mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann das Abkommen jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 11 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Abkommens an.

(4) Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt der Vertrag vom 16. Mai 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Gabunischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen außer Kraft.

(5) Die Bestimmungen dieses Abkommens gelten auch für das anliegende Protokoll, das Bestandteil dieses Abkommens ist.

(5) Le tribunal d'arbitrage statue à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque Partie contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de son propre arbitre ainsi que les frais de sa représentation dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du président ainsi que les autres frais seront assumés à parts égales par les deux Parties contractantes. Le tribunal d'arbitrage pourra fixer un autre règlement concernant les dépens. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage réglerà lui-même sa procédure.

Article 10

Règlement des différends entre une Partie contractante et un investisseur de l'autre Partie contractante

(1) Les différends relatifs à des investissements et survenant entre l'une des Parties contractantes et un ressortissant ou une société de l'autre Partie contractante devraient, autant que possible, être réglés à l'amiable entre les parties au différend.

(2) Si le différend ne peut être réglé dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle l'une des deux parties au différend l'aura soulevé, il sera soumis à une procédure d'arbitrage sur demande du ressortissant ou de la société de l'autre Partie contractante. Chaque Partie contractante déclare par le présent Accord approuver une telle procédure. A moins que les parties au différend n'en conviennent autrement, le différend sera soumis à une procédure d'arbitrage dans le cadre de la Convention pour le Règlement des Différends Relatifs aux Investissements entre Etats et Ressortissants d'autres Etats du 18 mars 1965.

(3) La sentence arbitrale sera obligatoire et ne pourra faire l'objet de plaintes ou recours autres que ceux prévus par la Convention susmentionnée. Elle sera exécutée conformément au droit national.

(4) Au cours d'une procédure d'arbitrage ou de l'exécution d'une sentence arbitrale, la Partie contractante partie au différend ne soulevera aucune exception tirée du fait que le ressortissant ou la société de l'autre Partie contractante a été dédommagé partiellement ou intégralement par une assurance.

Article 11

Continuité de l'Accord

L'application du présent Accord n'est pas liée à l'existence de relations diplomatiques ou consulaires entre les Parties contractantes.

Article 12

Dispositions finales

(1) Le présent Accord sera soumis à ratification; l'échange des instruments de ratification aura lieu aussitôt que possible.

(2) Le présent Accord entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans et sera prorogé par la suite pour une durée illimitée à moins d'être dénoncé par écrit par l'une des deux Parties contractantes sous réserve d'un préavis de douze mois avant son expiration. A l'expiration de la période de dix ans, le présent Accord pourra être dénoncé à tout moment sous réserve d'un préavis de douze mois.

(3) Pour les investissements effectués avant la date d'expiration du présent Accord, les articles 1 à 11 ci-dessus resteront applicables pendant vingt ans à partir de la date d'expiration du présent Accord.

(4) Dès l'entrée en vigueur du présent Accord, le Traité du 16 mai 1969 entre la République fédérale d'Allemagne et la République gabonaise relatif à l'encouragement et la protection mutuelle d'investissements de capitaux cesse d'être applicable.

(5) Les dispositions du présent Accord s'appliquent également au protocole ci-joint, qui en fait partie intégrante.

Geschehen zu Libreville am 15. September 1998 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei
jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Fait à Libreville, le 15 septembre 1998, en double exemplaire
en langues allemande et française, les deux textes faisant égale-
ment foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Adalbert Rittmüller

Für die Gabunische Republik
Pour la République gabonaise
Casimir OYÉ MBA

Protokoll

Protocole

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Gabunischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die Bestandteile des Abkommens sind:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Abkommens.
- b) Das Abkommen gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

Lors de la signature de l'Accord entre la République fédérale d'Allemagne et la République gabonaise relatif à l'encouragement et à la protection mutuels des investissements, les plénipotentiaires soussignés sont convenus, en outre, des dispositions suivantes qui font partie intégrante de l'Accord:

(1) Ad article 1

- a) Les produits de l'investissement ou du réinvestissement jouissent de la même protection que l'investissement initial.
- b) Sans préjudice d'autres méthodes de détermination de la nationalité, sera considérée notamment comme ressortissant d'une Partie contractante toute personne titulaire d'un passeport national délivré par les autorités compétentes de la Partie contractante concernée.

(2) Ad article 2

- a) Les investissements effectués en conformité avec la législation d'une Partie contractante sur son territoire par des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante, jouissent de l'entière protection de l'Accord.
- b) L'Accord sera également applicable dans les zones de la zone économique exclusive et du plateau continental dans la mesure où le droit international permet à la Partie contractante en question d'y exercer des droits souverains ou la juridiction.

(3) Ad article 3

- a) Seront considérés comme «activité» au sens du paragraphe 2 de l'article 3 notamment mais non exclusivement, l'administration, l'utilisation, l'usage et la jouissance d'un investissement. Seront considérées notamment comme «traitement moins favorable» au sens de l'article 3: toute inégalité de traitement en cas de restrictions à l'achat de matières premières et de matières auxiliaires, d'énergie et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tout genre, toute inégalité de traitement en cas d'entraves à la vente de produits à l'intérieur du pays et à l'étranger ainsi que toutes autres mesures ayant un effet analogue. Les mesures prises pour des raisons de sécurité, d'ordre et de santé publics ou de moralité ne seront pas considérées comme «traitement moins favorable» au sens de l'article 3.
- b) Les dispositions de l'article 3 n'obligent pas une Partie contractante à étendre à des personnes physiques et à des sociétés résidant sur le territoire de l'autre Partie contractante le bénéfice des avantages, exonérations et réductions fiscaux qui, conformément à la législation fiscale, ne sont accordés qu'aux personnes physiques et aux sociétés sur son territoire.
- c) Les Parties contractantes examineront avec bienveillance, dans le cadre de leur législation interne, les demandes d'entrée et d'autorisation de séjour introduites par des personnes relevant de l'une des Parties contractantes et qui désirent entrer sur le territoire de l'autre Partie contractante en relation avec un investissement; il en sera de même pour les travailleurs relevant de l'une des Parties contractantes et qui désirent, en relation avec un investissement, entrer sur le territoire de l'autre Partie contractante et y séjourner en vue d'exercer une activité rémunérée. Les demandes de permis de travail seront également examinées avec bienveillance.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 5

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Abkommens bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Abkommens angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Libreville am 15. September 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(4) Ad article 4

Une indemnisation pourra également être revendiquée s'il y a eu intervention de l'Etat dans la société objet de l'investissement et si la substance économique de ladite société s'en est trouvée considérablement compromise.

(5) Ad article 5

Sera considéré comme effectué «sans délai» au sens du paragraphe 2 de l'article 5, tout transfert qui aura lieu dans le délai normalement nécessaire à l'observation des formalités de transfert. Le délai commencera à courir à la date de l'introduction d'une demande y afférente et ne devra en aucun cas dépasser deux mois.

(6) En cas de transport de biens ou de personnes en relation avec un investissement, une Partie contractante n'exclura ni n'entravera les entreprises de transport relevant de l'autre Partie contractante et, en cas de besoin, accordera les autorisations nécessaires aux transports. Cette disposition s'appliquera aux transports

- a) de biens destinés directement à un investissement au sens de l'Accord ou achetés sur le territoire d'une Partie contractante ou d'un Etat tiers par une entreprise ou pour le compte d'une entreprise dans laquelle des biens au sens de l'Accord sont investis;
- b) de personnes voyageant en relation avec un investissement.

Fait à Libreville, le 15 septembre 1998, en double exemplaire en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Adalbert Rittmüller

Für die Gabunische Republik
Pour la République gabonaise
Casimir OYÉ MBA

Gesetz
zu dem Abkommen vom 15. Februar 1999
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Kambodscha
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 16. Mai 2001

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Phnom Penh am 15. Februar 1999 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Kambodscha über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 16. Mai 2001

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Müller

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Kambodscha
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Kingdom of Cambodia
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich Kambodscha –

The Federal Republic of Germany
and
the Kingdom of Cambodia,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Abkommens

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

Desiring to intensify economic co-operation between both States,

Intending to create favourable conditions for investments by nationals and companies of either State in the territory of the other State,

Recognizing that the encouragement and contractual protection of such investments are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations,

Have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this Agreement

1. the term “investments” comprises every kind of asset, in particular:
 - (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
 - (b) shares of companies and other kinds of interest in companies;
 - (c) claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;
 - (d) intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility-model patents, registered designs, trademarks, trade-names, trade and business secrets, technical processes, know-how, and good will;
 - (e) business concessions under public law, including concessions to search for, extract and exploit natural resources;

any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
- in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - in bezug auf das Königreich Kambodscha:
Kambodschaner im Sinne des Staatsangehörigkeitsgesetzes des Königreichs Kambodscha;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“
- in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
 - in bezug auf das Königreich Kambodscha:
jede juristische Person, die in Übereinstimmung mit den geltenden kambodschanischen Gesetzen eingetragen oder ordnungsgemäß gegründet ist.
2. the term “returns” means the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;
3. the term “nationals” means
- in respect of the Federal Republic of Germany:
Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany,
 - in respect of the Kingdom of Cambodia:
Cambodians within the meaning of the nationality law of the Kingdom of Cambodia;
4. the term “companies” means
- in respect of the Federal Republic of Germany:
any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the territory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are directed at profit,
 - in respect of the Kingdom of Cambodia:
any juridical person incorporated or duly constituted in accordance with applicable laws of Cambodia.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen ihrer eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

Article 2

(1) Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible investments by nationals or companies of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its legislation. It shall in any case accord such investments fair and equitable treatment.

(2) Neither Contracting Party shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory of nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 3

(1) Neither Contracting Party shall subject investments in its territory owned or controlled by nationals or companies of the other Contracting Party to treatment less favourable than it accords to investments of its own nationals or companies or to investments of nationals or companies of any third State.

(2) Neither Contracting Party shall subject nationals or companies of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own nationals or companies or to nationals or companies of any third State.

(3) Such treatment shall not relate to privileges which either Contracting Party accords to nationals or companies of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(4) The treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting Party accords to nationals or companies of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Article 4

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der

(2) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual bank interest until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provision shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Nationals or companies of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that which the latter Contracting Party accords to its own nationals or companies as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this Article.

Article 5

Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) the returns;
- (c) the repayment of loans;
- (d) the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment;
- (e) the compensation provided for in Article 4.

Article 6

If either Contracting Party makes payment to any of its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under Article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim of such national or company to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments made by virtue of such assigned claims, Article 4 (2) and (3) as well as Article 5 shall apply mutatis mutandis.

Article 7

(1) Transfers under Article 4 (2) or (3), under Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the applicable rate of exchange.

(2) This rate of exchange shall correspond to the cross rate obtained from those rates which would be applied by the Inter-

Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieses Abkommen gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen

national Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights.

Article 8

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Agreement contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to treatment more favourable than is provided for by this Agreement, such regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over this Agreement.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it has assumed with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 9

This Agreement shall also apply to investments made prior to its entry into force by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party consistent with the latter's legislation.

Article 10

(1) Divergencies between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement should as far as possible be settled by the governments of the two Contracting Parties.

(2) If a divergency cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitration tribunal.

(3) Such arbitration tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months from the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party that it intends to submit the dispute to an arbitration tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other arrangements, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party should make the necessary appointments.

(5) The arbitration tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitration proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. The arbitration tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitration tribunal shall determine its own procedure.

(6) If both Contracting Parties are Contracting States of the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States the arbitration tribunal provided for above may in consideration of the provisions of Article 27 (1) of the said Convention not be appealed to insofar as agreement has been reached between the

dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Abkommens anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei werden, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Jede Vertragspartei erklärt hiermit ihre Zustimmung zu einem solchen Schiedsverfahren. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis mit einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieses Abkommen gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Das anliegende Protokoll bildet einen wesentlichen Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 14

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien das Abkommen mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann das Abkommen jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

national or company of one Contracting Party and the other Contracting Party under Article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of appealing to such arbitration tribunal in the event that a decision of the Arbitration Tribunal established under the said Convention is not complied with (Article 27) or in the case of an assignment under a law or pursuant to a legal transaction as provided for in Article 6 of this Agreement.

Article 11

(1) Divergencies concerning investments between a Contracting Party and a national or company of the other Contracting Party shall as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) If the divergency cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties in dispute, it shall, at the request of the national or company of the other Contracting Party, be submitted for arbitration. Each Contracting Party herewith declares its acceptance of such an arbitration procedure. Unless the parties in dispute have agreed otherwise, the provisions of Article 10 (3) to (5) shall be applied mutatis mutandis on condition that the appointment of the members of the arbitration tribunal in accordance with Article 10 (3) is effected by the parties in dispute and that, insofar as the periods specified in Article 10 (3) are not observed, either party in dispute may, in the absence of other arrangements, invite the President of the Court of International Arbitration of the International Chamber of Commerce in Paris to make the required appointments. The award shall be enforced in accordance with domestic law.

(3) During arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting Party involved in the dispute shall not raise the objection that the national or company of the other Contracting Party has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage.

(4) In the event of both Contracting Parties having become Contracting States of the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States, divergencies under this Article between the parties in dispute shall be submitted for arbitration under the aforementioned Convention, unless the parties in dispute agree otherwise; each Contracting Party herewith declares its acceptance of such a procedure.

Article 12

This Agreement shall be in force irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

Article 13

The annexed Protocol forms an integral part of this Agreement.

Article 14

(1) This Agreement shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Agreement shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting Party twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years this Agreement may be denounced at any time by either Contracting Party giving twelve months' notice.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Abkommens an.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Agreement, the provisions of Articles 1 to 13 shall continue to be effective for a further period of fifteen years from the date of termination of this Agreement.

Geschehen zu Phnom Penh am 15. Februar 1999 in zwei Urschriften, jede in deutscher, kambodschanischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des kambodschanischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Done at Phnom Penh on February 15, 1999, in duplicate in the German, Khmer and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Khmer texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Dr. H. Loeschner

Für das Königreich Kambodscha
For the Kingdom of Cambodia
Keat Chhon

**Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Kambodscha
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Protocol
to the Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Kingdom of Cambodia
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments**

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Kambodscha über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Abkommens.
- b) Das Abkommen gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Fall von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Fall von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Artikel 3 verpflichtet eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den

On signing the Agreement between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Cambodia concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investment, the plenipotentiaries being duly authorised have, in addition, agreed on the following provisions:

(1) Ad Article 1

- a) Returns from the investment and, in the event of their reinvestment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the investment.
- b) Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of the Contracting Party concerned shall be deemed to be a national of that Party.

(2) Ad Article 2

- a) Investments made, in accordance with the legislation of either Contracting Party, within the territory of that Contracting Party by nationals or companies of the other Contracting Party shall enjoy the full protection of the Agreement.
- b) The Agreement shall also apply to the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits the Contracting Party concerned to exercise sovereign rights or jurisdiction in these areas.

(3) Ad Article 3

- a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "activity" within the meaning of Article 3 (2): the management, maintenance, use and enjoyment of an investment. The following shall, in particular, be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3: unequal treatment in the case of restrictions on the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, unequal treatment in the case of impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3.
- b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting Party to extend to natural persons or companies resident in the territory of the other Contracting Party tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to natural persons and companies resident in its territory.
- c) The Contracting Parties shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to appli-

Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Abkommens bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Abkommens angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

cations for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting Party who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

(4) Ad Article 4

A claim to compensation shall also exist when, as a result of State intervention in the company in which the investment is made, its economic substance is severely impaired.

(5) Ad Article 7

A transfer shall be deemed to have been made “without delay” within the meaning of Article 7 (1) if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed two months.

(6) Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, each Contracting Party shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting Party and shall issue permits as required to carry out such transport. This shall include the transport of

- (a) goods directly intended for an investment within the meaning of the Agreement or acquired in the territory of either Contracting Party or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of the Agreement are invested;
- (b) persons travelling in connection with an investment.

Gesetz zur Änderung der Europäischen Sozialcharta

Vom 16. Mai 2001

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

(1) Der in Straßburg am 17. März 1994 vom Komitee der Ministerbeauftragten getroffenen Entscheidung über das Verfahren zur Wahl von Mitgliedern des Ausschusses unabhängiger Sachverständiger, errichtet durch Artikel 25 Abs. 1 der Europäischen Sozialcharta (BGBl. 1964 II S. 1261), wird zugestimmt. Die Entscheidung wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, künftigen Entscheidungen über die Zahl der Mitglieder des Sachverständigenausschusses bis zu einer Obergrenze von fünfzehn Mitgliedern zuzustimmen.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt rückwirkend zum 17. März 1994 in Kraft.

(2) Die Entscheidung des Komitees der Ministerbeauftragten über das Verfahren zur Wahl von Mitgliedern des Ausschusses unabhängiger Sachverständiger trat am 17. März 1994 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 16. Mai 2001

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Walter Riester

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

**Der Ausschuss unabhängiger Sachverständiger
der Europäischen Sozialcharta**

Verfahren nach Artikel 25 der Charta für die Wahl
der Mitglieder des Unabhängigen Sachverständigenausschusses

**Committee of Independent Experts
of the European Social Charter**

Procedure for the election of members of the
Committee of Independent Experts set up under Article 25 of the Charter

**Comité d'experts indépendants
de la Charte Sociale Européenne**

Procédure pour l'élection de membres du
Comité d'experts indépendants créée en vertu de l'article 25 de la Charte

(Übersetzung)

509th meeting – March 1994

509e réunion – mars 1994

509. Sitzung – März 1994

Decisions (excerpt)

I. The Representatives to the Committee of Ministers, representing the Contracting Parties to the Charter, agreed unanimously to increase from seven to nine the number of members of the Committee of Independent Experts, it being understood that no further increase will be envisaged outside the context of a modification of Article 25 of the Charter.

Décisions (extrait)

I. Les Représentants au Comité des Ministres des Parties Contractantes à la Charte décident à l'unanimité de porter de sept à neuf le nombre de membres du Comité d'experts indépendants étant entendu que d'éventuelles augmentations ultérieures ne pourront être envisagées que dans le cadre d'une modification de l'article 25 de la Charte.

Entscheidungen (Auszug)

I. Die Vertreter im Ministerkomitee, welche die Vertragsparteien der Charta vertreten, vereinbarten einstimmig, die Anzahl der Mitglieder des Ausschusses unabhängiger Sachverständiger von sieben auf neun zu erhöhen mit der Maßgabe, dass eine weitere Erhöhung nur im Rahmen einer Änderung von Artikel 25 vorgesehen werden kann.

**Bekanntmachung
des deutsch-jemenitischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit 2000**

Vom 14. März 2001

Das in Sanaa am 24. Januar 2001 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Jemen über Finanzielle Zusammenarbeit 2000 ist nach seinem Artikel 5

am 24. Januar 2001

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 14. März 2001

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Prof. Dr. Michael Bohnet

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Jemen über Finanzielle Zusammenarbeit 2000

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Jemen –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Jemen,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Jemen beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 4. April 2000 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Jemen, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 30 000 000,- DM (in Worten: dreißig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in EURO: 15,33 Millionen) zu erhalten, für die Vorhaben

- a) Rehabilitierung und Erweiterung von Grundschulen in Ibb und Abyan II bis zu 10 000 000,- DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in EURO: 5,11 Millionen),
- b) Wasserver- und Abwasserentsorgung der Stadt Sa'ada bis zu 20 000 000,- DM (in Worten: zwanzig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in EURO: 10,22 Millionen) zusätzlich zu bereits zugesagten 16 300 000,- DM (in Worten: sechzehn Millionen dreihunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich in EURO: 8,33 Millionen),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Jemen durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für die Finanzierungsbeiträge endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2008.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Jemen stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Jemen erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Jemen überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Sanaa am 24. Januar 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Zimprich

Für die Regierung der Republik Jemen
Ahmed Mohamed Sufan

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Haager Übereinkommens über den Zivilprozess**

Vom 3. April 2001

Das Haager Übereinkommen vom 1. März 1954 über den Zivilprozess (BGBl. 1958 II S. 576) ist nach seinem Artikel 28 Abs. 2 in Verbindung mit Artikel 31 Abs. 1 für

Zypern am 1. März 2001
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 18. November 1999 (BGBl. 2000 II S. 18).

Berlin, den 3. April 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens über Normen für die Ausbildung,
die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten**

Vom 5. April 2001

Das Internationale Übereinkommen vom 7. Juli 1978 über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten (BGBl. 1982 II S. 297) ist nach seinem Artikel XIV Abs. 4 für

Jordanien am 17. August 2000
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 18. Februar 1999 (BGBl. II S. 232).

Berlin, den 5. April 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Rahmenübereinkommens über Maßnahmen zur Erleichterung der
Umstrukturierung und der Tätigkeit der Europäischen Rüstungsindustrie**

Vom 5. April 2001

Das am 27. Juli 2000 unterzeichnete Rahmenübereinkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, dem Königreich Schweden, dem Königreich Spanien und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Maßnahmen zur Erleichterung der Umstrukturierung und der Tätigkeit der Europäischen Rüstungsindustrie (BGBl. 2001 II S. 91) wird nach seinem Artikel 55 Abs. 3 und 5 Satz 2 mit Ausnahme der Artikel 3 Abs. 2 Buchstabe b, Artikel 57 sowie 58 Abs. 1 und 2 Buchstabe b für die

Bundesrepublik Deutschland am 18. April 2001

in Kraft treten; die Ratifikationsurkunde ist am 19. März 2001 bei der Regierung des Vereinigten Königreichs hinterlegt worden.

Das Rahmenübereinkommen wird ferner in gleicher Weise für das

Vereinigte Königreich am 18. April 2001

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 24. Januar 2001 (BGBl. II S. 91).

Berlin, den 5. April 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle**

Vom 5. April 2001

Das Abkommen vom 18. Oktober 1907 zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle (RGBl. 1910 S. 5) ist nach seinem Artikel 95 für

Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik am 17. Februar 2001
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 6. Dezember 2000 (BGBl. II S. 1572).

Berlin, den 5. April 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des OCCAR-Übereinkommens**

Vom 5. April 2001

I.

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 6. März 2000 zu dem Übereinkommen vom 9. September 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik, der Regierung der Italienischen Republik und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Gründung der Gemeinsamen Organisation für Rüstungskooperation (Organisation Conjointe de Coopération en Matière d'Armement) OCCAR (BGBl. 2000 II S. 414) wird bekannt gemacht, dass das Übereinkommen nach seinem Artikel 52 für die

Bundesrepublik Deutschland und die übrigen Vertragsparteien

am 28. Januar 2001

in Kraft getreten ist.

Die deutsche Ratifikationsurkunde ist am 6. Juli 2000 bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt worden.

II.

Frankreich hat bei Hinterlegung der Genehmigungsurkunde nachstehende Erklärung notifiziert:

(Übersetzung)

«S'agissant des articles 34 et 41 de la Convention OCCAR, le Gouvernement de la République française estime nécessaire que le futur règlement financier de l'OCCAR prévoie la création de comités spécialisés, en particulier pour les questions budgétaires et financières, comités auxquels pourront être déléguées certaines compétences du Conseil.»

„Hinsichtlich der Artikel 34 und 41 des OCCAR-Übereinkommens hält die Regierung der Französischen Republik es für notwendig, dass die künftige Finanzordnung der OCCAR die Einrichtung von Fachausschüssen, insbesondere für Haushalts- und Finanzfragen, vorsieht, denen bestimmte Befugnisse des Aufsichtsrats übertragen werden können.“

Berlin, den 5. April 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-salvadorianischen Vertrags
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 5. April 2001

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 19. April 2000 zu dem Vertrag vom 11. Dezember 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik El Salvador über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 2000 II S. 673) wird bekannt gemacht, dass der Vertrag nach seinem Artikel 11 Abs. 2

am 15. April 2001

in Kraft tritt.

Die Ratifikationsurkunden sind in San Salvador am 15. März 2001 ausgetauscht worden.

Berlin, den 5. April 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „Sterling Medical Associates, Inc.“
(Nr. DADA 10-01-D-0003)
sowie über das Außerkrafttreten der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „Science Applications International Corporation (SAIC)“**

Vom 17. April 2001

Nach Artikel 72 Abs. 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530; 1994 II S. 2594) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 1. April/3. April 2001 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Sterling Medical Associates, Inc.“ (Nr. DADA 10-01-D-0003) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 1. April 2001

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Gleichzeitig ist gemäß Nummer 7 dieser Vereinbarung die Vereinbarung vom 31. August 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Science Applications International Corporation (SAIC)“ (BGBl. 1999 II S. 34) außer Kraft getreten.

Berlin, den 17. April 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

Auswärtiges Amt

Berlin, den 3. April 2001

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, den Eingang der Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 1502 vom 1. April 2001 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erlaubt sich, dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland ihre Hochachtung auszusprechen, und hat die Ehre, unter Bezug auf den Notenwechsel vom 27. März 1998 betreffend die Tätigkeit von mit Truppenbetreuung beauftragten Unternehmen Folgendes mitzuteilen:

Um die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts mit Dienstleistungen auf den Gebieten des Sozial- und Gesundheitswesens und der Laufbahnberatung versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen „Sterling Medical Associates, Inc.“ einen Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen zur Truppenbetreuung auf Basis der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DADA 10-01-D-0003 für das Erziehungs- und Entwicklungsinterventionsprogramm (Educational and Developmental Intervention Services (EDIS)) für die Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossen. Dieser Vertrag ersetzt den Vertrag Nummer DADA 10-98-C-0019 mit dem Unternehmen „Science Applications International Corporation (SAIC)“, dem Befreiungen und Vergünstigungen gemäß Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut durch die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 31. August 1998 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland genehmigt wurden.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn das Unternehmen „Sterling Medical Associates, Inc.“ zur Erleichterung seiner Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen gemäß Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut erhalten könnte, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen „Sterling Medical Associates, Inc.“ wird im Rahmen seines Vertrages zur Truppenbetreuung für die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts ausschließlich folgende Dienstleistungen erbringen:

Dienstleistungen im Bereich der Früherkennung und der medizinischen Vorsorge für retardierte oder behinderte Säuglinge und Kleinkinder, die Angehörige von Mitgliedern der Truppe der Vereinigten Staaten von Amerika oder ihres zivilen Gefolges sind.

Dieser Vertrag umfasst folgende Berufe: Kinderpsychologen, Ärzte, examinierte Krankenschwestern, Projektleiter im Bereich der Früherkennung, Spezialausbilder im Bereich der Früherkennung, Sozialarbeiter in der Familienbetreuung, Beschäftigungstherapeuten, Physiotherapeuten und Logopäden.

Unter Bezug auf den Notenwechsel vom 27. März 1998 betreffend die Tätigkeit von mit der Truppenbetreuung beauftragten Unternehmen und nach Maßgabe der darin vereinbarten Rahmenbedingungen, insbesondere auch der Nummer 3 des Notenwechsels, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen gemäß Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.

2. Das Unternehmen „Sterling Medical Associates, Inc.“ wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die Mitglieder der in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges und die Angehörigen beider tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.
3. Nach Maßgabe der in Nummer 5 des Notenwechsels vom 27. März 1998 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Einschränkungen des Artikels 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Berufe oben unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
4. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 27. März 1998.
5. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

6. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen zur Truppenbetreuung auf Basis der Vertragsniederschrift Nummer DADA 10-01-D-0003 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen „Sterling Medical Associates, Inc.“ über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen endet. Die Vertragsniederschrift mit einer Laufzeit vom 1. April 2001 bis zum 30. September 2005 ist dieser Vereinbarung als Kopie beigelegt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrages unverzüglich mit.
7. Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung tritt die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 31. August 1998 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland betreffend den Vertrag DADA 10-98-C-0019 vom 1. Mai 1995 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen „Science Applications International Corporation (SAIC)“ außer Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter Nummern 1 bis 7 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des Artikels 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 1. April 2001 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 1502 vom 1. April 2001 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 1. April 2001 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Berlin

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen**

Vom 17. April 2001

I.

Das Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (BGBl. 1969 II S. 1585) ist nach seinem Artikel 77 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Belize	am 30. Dezember 2000
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärung	
Mauretanien	am 20. August 2000.

II.

Erklärungen

Belize hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 30. November 2000 nachstehende Erklärung notifiziert:

(Übersetzung)

„The Government of Belize will interpret the exemption accorded to members of a consular post by paragraph 3 of Article 44 from liability to give evidence concerning matters connected with the exercise of their functions as relating only to acts in respect of which consular officers and consular employees enjoy immunity from the jurisdiction of the judicial or administrative authorities of the receiving State in accordance with the provisions of Article 43 of the Convention. The Government of Belize further declares that it will interpret Chapter II of the Convention as applying to all career consular employees, including those employed at a consular post headed by an honorary consular officer.“

„Die Regierung von Belize legt die den Mitgliedern einer konsularischen Vertretung nach Artikel 44 Absatz 3 gewährte Befreiung von der Verpflichtung, Zeugnis über Angelegenheiten zu geben, die mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zusammenhängen, so aus, dass sie sich nur auf solche Handlungen bezieht, hinsichtlich welcher Konsularbeamte und Bedienstete des Verwaltungs- oder technischen Personals nach Maßgabe des Artikels 43 des Übereinkommens weder der Gerichtsbarkeit des Empfangsstaats noch Eingriffen seiner Verwaltungsbehörden unterliegen. Die Regierung von Belize erklärt ferner, dass sie Kapitel II des Übereinkommens so auslegt, dass es für alle Berufsbediensteten des Verwaltungs- oder technischen Personals gilt, einschließlich derjenigen, die an einer von einem Wahlkonsularbeamten geleiteten konsularischen Vertretung beschäftigt sind.“

Die Bundesrepublik Jugoslawien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 12. März 2001 notifiziert, dass sie sich als einer der Rechtsnachfolger der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien mit Wirkung vom 27. April 1992, dem Tag der Gründung der Bundesrepublik Jugoslawien, durch das Übereinkommen gebunden betrachtet.

III.

Einsprüche

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Einsprüche gegen den Vorbehalt von Katar notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 13. April 1999 – BGBl. II S. 394):

Finnland am 17. März 2000:

(Übersetzung)

„The Government of Finland has examined the contents of the reservation made by the Government of Qatar to Article 35, paragraph 3 and to Article 46, paragraph 1 of the Vienna Convention on Consular Relations. The Government of Finland notes that the inviolability of the official correspondence between the Sending State

„Die Regierung von Finnland hat den Inhalt des von der Regierung von Katar zu Artikel 35 Absatz 3 und Artikel 46 Absatz 1 des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen angebrachten Vorbehalts geprüft. Die Regierung von Finnland stellt fest, dass die Unverletzlichkeit der amtlichen Korrespondenz zwischen dem

and the consular post can be considered one of the main objects of the Convention. As Qatar reserves the right to open a consular bag without a prior consent by the Sending State, it is the view of the Government of Finland that the above-mentioned reservation to Article 35 is in clear contradiction with the object and purpose of the Convention.

According to the reservation to Article 46, para. 1, Qatar reserves the right to subject those consular employees who are engaged in administrative tasks or the members of their families to registration of aliens and residence permits. Para. 2 of Article 46 contains an exhaustive list of persons who are not exempt from the requirement of registration of aliens and residence permits. Given that the consular employees who are engaged in administrative tasks or the members of their families are covered by Article 46 para. 1, and as they are not included in the list of para. 2 of the same article, it is the opinion of the Government of Finland that the reservation is not in conformity with Article 46, nor with the object and purpose of the Convention.

The Government of Finland therefore objects to the reservation made by the Government of Qatar to the said Convention.

This objection does not preclude the entry into force of the Convention between Qatar and Finland. The Convention will thus become operative between the two states without Qatar benefitting from the reservation."

Die Niederlande am 17. Juli 2000:

"The Government of the Kingdom of the Netherlands has examined the reservations made by the Government of Qatar at the time of its accession to the Vienna Convention on Consular Relations.

The Government of the Kingdom of the Netherlands objects to the reservation made by the Government of Qatar in relation to Article 35, paragraph 3, of the said Convention.

The Government of the Kingdom of the Netherlands notes that the inviolability of the consular bag constitutes an important element of the Convention and any reservation intended to allow a receiving State to open the consular bag without the approval of the sending State is not only in contradiction with the very language of Article 35, paragraph 3, of the Convention but also with customary international law.

Furthermore, the Government of the Kingdom of the Netherlands objects to the reservation made by the Government of Qatar in relation to Article 46, paragraph 1, of the said Convention.

Entsendestaats und der konsularischen Vertretung als eines der Hauptziele des Übereinkommens angesehen werden kann. Da Katar sich das Recht vorbehält, das konsularische Kurieregepäck ohne vorherige Zustimmung des Entsendestaats zu öffnen, ist die Regierung von Finnland der Auffassung, dass der genannte Vorbehalt zu Artikel 35 in eindeutigem Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens steht.

Nach dem Vorbehalt zu Artikel 46 Absatz 1 behält sich Katar das Recht vor, die Bediensteten des Verwaltungspersonals und deren Familienmitglieder der Ausländermeldepflicht und dem Erfordernis einer Aufenthaltsgenehmigung zu unterwerfen. Artikel 46 Absatz 2 enthält eine umfassende Aufzählung von Personen, die nicht von der Ausländermeldepflicht und dem Erfordernis einer Aufenthaltsgenehmigung befreit sind. Angesichts dessen, dass Bedienstete des Verwaltungspersonals und deren Familienmitglieder durch Artikel 46 Absatz 1 erfasst und nicht in der Aufzählung des Absatzes 2 desselben Artikels aufgenommen sind, ist die Regierung von Finnland der Meinung, dass der Vorbehalt weder im Einklang mit Artikel 46 noch mit Ziel und Zweck des Übereinkommens steht.

Die Regierung von Finnland erhebt daher Einspruch gegen den von der Regierung von Katar zu dem genannten Übereinkommen angebrachten Vorbehalt.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Katar und Finnland nicht aus. Das Übereinkommen tritt somit zwischen den beiden Staaten in Kraft, ohne dass Katar einen Nutzen aus dem Vorbehalt ziehen kann."

(Übersetzung)

„Die Regierung des Königreichs der Niederlande hat die von der Regierung von Katar beim Beitritt Katars zum Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen angebrachten Vorbehalte geprüft.

Die Regierung des Königreichs der Niederlande erhebt Einspruch gegen den von der Regierung von Katar zu Artikel 35 Absatz 3 des genannten Übereinkommens angebrachten Vorbehalt.

Die Regierung des Königreichs der Niederlande stellt fest, dass die Unverletzlichkeit des konsularischen Kurieregepäcks einen wichtigen Bestandteil des Übereinkommens darstellt; jeder Vorbehalt, der darauf abzielt, einem Empfangsstaat zu gestatten, das konsularische Kurieregepäck ohne Erlaubnis des Entsendestaats zu öffnen, steht nicht nur im Widerspruch zum eigentlichen Wortlaut des Artikels 35 Absatz 3 des Übereinkommens, sondern auch zum Völkergewohnheitsrecht.

Des Weiteren erhebt die Regierung des Königreichs der Niederlande Einspruch gegen den von der Regierung von Katar zu Artikel 46 Absatz 1 des genannten Übereinkommens angebrachten Vorbehalt.

The Government of the Kingdom of the Netherlands notes that Article 46, paragraph 2, contains an exhaustive list of persons who are not exempt from the requirement of registration of aliens and residence permits. Given that the consular employees who are engaged in administrative tasks or the members of their families are covered by Article 46, paragraph 1, and are not included in the aforesaid list, the reservation concerning Article 46, paragraph 1, is not in conformity with paragraph 2 of the same article, nor with the object and purpose of the Convention.

The Government of the Kingdom of the Netherlands therefore objects to the aforesaid reservations made by the Government of Qatar.

These objections shall not preclude the entry into force of the Convention between the Kingdom of the Netherlands and Qatar."

Schweden am 13. Dezember 1999:

"The Government of Sweden has examined the reservations made by the Government of Qatar at the time of its accession to the Vienna Convention on Consular Relations, done at Vienna on the 24 April 1963.

The Government of Sweden notes that the reservations concerning article 35, paragraph 3, goes beyond the rights of the receiving State not only in relation to the Convention, but also according to customary international law.

In the opinion of the Government of Sweden, the protection of the consular bag constitutes an important element of the Convention and any reservation intended to allow a receiving State to open the consular bag without the approval of the sending State, or alter the use of terms codified through the Convention, is a serious qualification of the freedom of communication regime.

The Government of Sweden therefore objects to the reservations to article 35, paragraph 3, of the Vienna Convention on Consular Relations made by the Government of Qatar.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between Sweden and Qatar. Furthermore, the Government of Sweden takes the view that article 35, paragraph 3, remains in force in relations between Sweden and Qatar by virtue of international customary law."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 25. August 1999 (BGBl. II S. 821).

Berlin, den 17. April 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

Die Regierung des Königreichs der Niederlande stellt fest, dass Artikel 46 Absatz 2 eine umfassende Aufzählung von Personen enthält, die nicht von der Ausländermeldepflicht und dem Erfordernis einer Aufenthaltsgenehmigung befreit sind. Angesichts dessen, dass Bedienstete des Verwaltungspersonals und deren Familienmitglieder durch Artikel 46 Absatz 1 erfasst und nicht in der genannten Aufzählung aufgenommen sind, steht der Vorbehalt zu Artikel 46 Absatz 1 weder im Einklang mit Absatz 2 desselben Artikels noch mit Ziel und Zweck des Übereinkommens.

Die Regierung des Königreichs der Niederlande erhebt daher Einspruch gegen die genannten von der Regierung von Katar angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen dem Königreich der Niederlande und Katar nicht aus."

(Übersetzung)

„Die Regierung von Schweden hat die Vorbehalte geprüft, die die Regierung von Katar beim Beitritt Katars zu dem am 24. April 1963 beschlossenen Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen angebracht hat.

Die Regierung von Schweden stellt fest, dass die Vorbehalte zu Artikel 35 Absatz 3 nicht nur in Bezug auf das Übereinkommen, sondern auch in Bezug auf das Völkergewohnheitsrecht die Rechte des Empfangsstaats überschreiten.

Nach Auffassung der Regierung von Schweden ist der Schutz des konsularischen Kuriergepäcks ein wichtiger Bestandteil des Übereinkommens, und jeder Vorbehalt, der darauf abzielt, einem Empfangsstaat zu gestatten, das konsularische Kuriergepäck ohne Erlaubnis des Entsendestaats zu öffnen oder die Anwendung der im Übereinkommen festgelegten Bestimmungen zu ändern, stellt eine schwerwiegende Einschränkung der Regelungen über die Verkehrsfreiheit dar.

Die Regierung von Schweden erhebt daher Einspruch gegen die von der Regierung von Katar zu Artikel 35 Absatz 3 des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Schweden und Katar nicht aus. Darüber hinaus ist die Regierung von Schweden der Auffassung, dass Artikel 35 Absatz 3 in den Beziehungen zwischen Schweden und Katar auf Grund des Völkergewohnheitsrechts in Kraft bleibt."

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolttarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08-0, Telefax: (02 28) 3 82 08-36

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2001 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,40 DM (5,60 DM zuzüglich 1,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über die Haftung
der Gastwirte für die von ihren Gästen eingebrachten Sachen**

Vom 17. April 2001

Das Übereinkommen vom 17. Dezember 1962 über die Haftung der Gastwirte für die von ihren Gästen eingebrachten Sachen (BGBl. 1966 II S. 269) wird nach seinem Artikel 5 Abs. 2 für die

Bundesrepublik Jugoslawien am 29. Mai 2001
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 9. Mai 1997 (BGBl. II S. 1322).

Berlin, den 17. April 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg